

## Europäische Bürgerinitiative

### M1 EU-Kommission stoppt Bürgerinitiative gegen TTIP

- 1 [...] Die EU-Kommission hat die Bürgerinitiative  
 2 »Stop TTIP« abgelehnt. Für die Bürgerinitiative  
 3 haben sich knapp 230 Organisationen zusammen-  
 4 geschlossen. Sie fordern, dass die EU die Verhand-  
 5 lungen über das Freihandelsabkommen mit den  
 6 USA (TTIP) stoppt und einen ähnlichen Vertrag  
 7 mit Kanada (Ceta) nicht beschließt.  
 8 Die EU-Kommission begründet die Ablehnung  
 9 mit einer für Außenstehende spitzfindigen Argu-  
 10 mentation: die Verhandlungsmandate zu TTIP  
 11 und Ceta seien keine Rechtsakte, sondern interne  
 12 Vorbereitungsakte. Diese könne die Bürgerinitia-  
 13 tive nicht anfechten. Die Kommission bezieht sich  
 14 dabei auf Artikel 11 des EU-Vertrages.
- 15 **Die Antwort der Aktivisten von »Stop TTIP«**  
 16 Die Initiatoren der Bürgerinitiative halten die Be-  
 17 gründung für falsch: »Die Auffassung der Kom-  
 18 mission, dass nur Rechtsakte mit Wirkung auf  
 19 Dritte durch eine EBI begründet werden dürfen,  
 20 ist offensichtlich rechtsfehlerhaft«, sagte Michael  
 21 Efler von der Initiative. Das Verhandlungsmandat  
 22 sei ein förmlicher Beschluss des Rates und deshalb  
 23 auch ein Rechtsakt. Wenn sich die Auffassung  
 24 der Kommission durchsetze, sagt Efler, habe die  
 25 Bevölkerung keinen Einfluss auf die Entwicklung  
 26 internationaler Verträge. Das sei »ebenso erschre-  
 27 ckend wie skandalös«. »Jetzt geht die Auseinander-  
 28 setzung erst richtig los«, sagt Efler.
- 29 Für Karl Bär vom Umweltinstitut München ist  
 30 die Entscheidung der Kommission »ein Schlag ins  
 31 Gesicht der Bürger, die einen europäischen und  
 32 demokratischen Weg wollen, um TTIP zu verhin-  
 33 dern«. Im Gespräch mit Süddeutsche.de erläutert  
 34 Bär, der im Steuerungskreis der EBI sitzt, das wei-  
 35 tere Vorgehen: »Die Entscheidung steht rechtlich  
 36 auf wackligen Beinen und wir prüfen, dagegen vor  
 37 dem EuGH zu klagen«.
- 38 **Initiativen ermöglichen direkten  
 39 Einfluss auf europäische Politik**  
 40 Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative  
 41 soll Bürgern ermöglichen, direkt bei Entscheidun-  
 42 gen der EU mitzureden. Dafür muss die Initiative  
 43 bei der Kommission angemeldet werden – diesen  
 44 Schritt hat Stop »TTIP« bereits gemacht. Da die  
 45 EU-Kommission nun die rechtliche Zulassung  
 46 der EBI verweigert, können die Initiatoren von  
 47 »Stop TTIP« noch nicht damit beginnen, Unter-  
 48 schriften zu sammeln.
- 49 Wenn die Kommission keine Einwände gegen  
 50 eine Bürgerinitiative hat, sieht das Verfahren fol-  
 51 gendermaßen aus: Die Organisatoren versuchen,  
 52 Unterschriften von mindestens einer Million EU-  
 53 Bürgern aus mindestens sieben Mitgliedsstaaten  
 54 zu bekommen. In jedem dieser Länder muss eine  
 55 bestimmte Mindestanzahl von Unterschriften er-  
 56 reicht werden. Daraufhin muss sich die Kommissi-  
 57 on mit dem Bürgerbegehren befassen. Außerdem  
 58 haben die Initiatoren der EBI die Möglichkeit,  
 59 ihre Beschwerden und Ziele im Europäischen Par-  
 60 lament vorzustellen. Die Kommission muss eine  
 61 begründete Antwort ihrer Entscheidung liefern.  
 62 Stimmt sie der Initiative zu, kann sie – muss aber  
 63 nicht – einen Rechtsakt vorschlagen. Daraufhin  
 64 folgt das normale Gesetzgebungsverfahren. Am  
 65 Ende könnte also ein Gesetz entstehen, das den  
 66 Forderungen der Bürger entspricht. [...] ■ Quelle: Süd-  
 67 deutsche Zeitung vom 12.09.2014

#### ARBEITSVORSCHLAG

Diskutieren Sie die Ablehnung der Bürgerinitia-  
 tive durch die EU-Kommission mit einem/ei-  
 ner Partner\_in. Schreiben Sie gemeinsam einen  
 Leserbrief, in dem Sie Ihre Meinung darlegen.

## M2 »STOP TTIP« schreibt Geschichte!

1 Binnen zwei Jahren hat »Mehr Demokratie« ge-  
meinsam mit anderen ein Bündnis aus mehr als  
500 Organisationen formiert, das in ganz Europa  
gegen TTIP und CETA mobil macht. Binnen ei-  
nes Jahres haben 3.284.289 Menschen die selbst-  
organisierte Europäische Bürgerinitiative [...] des  
Bündnisses »Stop TTIP« unterzeichnet. Das sind  
dreimal so viele Unterschriften, wie eine offizielle  
EBI bräuchte. In 23 Ländern schaffte die sEBI die  
10 Unterschriftenhürde – in einem offiziellen Ver-  
fahren wären sieben Länder notwendig gewesen.  
Für die EU-Kommission jedoch nicht Grund ge-  
nug, dieses überwältigende Votum von Millionen  
Menschen angemessen zu honorieren. Sie schick-  
15 te nur einen Stellvertreter, der die Unterschriften  
symbolisch entgegennahm.

Drei Tage später folgte der krönende Abschluss  
der »Stop TTIP«-Sammlung: 250.000 Menschen  
gingen am 10. Oktober in Berlin gegen TTIP  
und CETA auf die Straße – die größte politische  
20 Demonstration seit dem Irak-Krieg. Laut dem  
Institut für Bewegungsforschung, das während  
der Großdemo eine Befragung durchführte, hät-  
ten nicht nur die in der Medienberichterstattung  
25 prominenten Themen der Sozial- oder Verbrau-  
cherschutzstandards die Menschen mobilisiert. Im  
Mittelpunkt stehe die grundsätzliche Befürchtung,

TTIP und CETA stellten eine Gefahr für die De-  
mokratie dar. Das zeigt, dass es Mehr Demokratie  
erfolgreich gelungen ist, seine demokratiepoliti-  
sche Kritik in punkto Investor-Staat-Schiedsver-  
fahren (ISDS) und Regulatorischer Kooperation  
in der öffentlichen Debatte zu setzen.

Weniger Berührungsängste als die EU-Kom-  
mission zeigte EU-Parlamentspräsident Martin  
35 Schulz. Am 9. November nahm er in Berlin per-  
sönlich die 3,28 Millionen »Stop TTIP«-Unter-  
schriften entgegen. Zwar machte er im Gespräch  
keinen Hehl daraus, dass er TTIP und CETA  
40 nicht grundsätzlich ablehnt. Jedoch versprach er,  
sich mit dem EU-Petitionsausschuss in Verbin-  
dung zu setzen und von diesem prüfen zu lassen,  
ob die Ablehnung der »Stop TTIP«-EBI rechtens  
war und ob eine Anhörung vor dem EU-Parla-  
ment möglich sei. Zudem ließ er wissen, dass er  
die privaten Schiedsgerichte, wie sie im bereits  
fertig verhandelten CETA-Abkommen geregelt  
sind, ablehnt. Auch kritisierte Schulz die Intrans-  
parenz der Verhandlungen. Diese Reaktion macht  
50 deutlich: Die politischen Entscheidungsträger/in-  
nen können »Stop TTIP« nicht mehr ignorieren.  
Zu groß ist mittlerweile der Protest. ■ Quelle: Mehr Demo-

kratie, mdmagazin 107, Januar 2016

### ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bewerten Sie die Übergabe der gesammelten  
Unterschriften an Martin Schulz im Vergleich zu ei-  
ner regulären Europäischen Bürgerinitiative (EBI)  
und begründen Sie Ihre Position.

- Sehen Sie darin eher einen Erfolg oder einen  
Misserfolg für die Initiator\_innen der selbst-  
organisierten Europäischen Bürgerinitiative  
(sEBI)?
- Kann die selbstorganisierte Europäische  
Bürgerinitiative (sEBI) Einfluss auf die weiteren  
TTIP-Verhandlungen üben oder hat die Über-  
gabeaktion eher symbolischen Charakter?

2. Planen Sie die Initiierung einer Bürgerinitiative  
oder einer vergleichbaren Kampagne. Berücksich-  
tigen Sie dabei folgende Fragen:

- Welches Thema erscheint Ihnen interessant  
und relevant?
- Ergeben sich anhand der Themenfindung  
bestimmte Gruppenkonstellationen?
- Auf welchen Ebenen wollen Sie agieren und  
Einfluss nehmen?
- Wie wollen Sie vorgehen, um das Vorhaben  
Ihrer Kampagne durchzusetzen? Welche recht-  
lichen Grundlagen müssen für Ihre Verfahren  
berücksichtigt werden?
- Welche potenziellen Bündnispartner\_innen  
lassen sich finden (auch unter anderen Grup-  
pen Ihrer Gesamtgruppe)?
- Wie gestalten Sie Ihre Öffentlichkeitsarbeit?

Nutzen Sie ggf. zur Vorbereitung den Leitfaden  
zur Kampagnenarbeit von [kreativisten.org](http://t1p.de/kampa) unter  
<http://t1p.de/kampa>.

